

09.01.2018

Antrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP**

Nordrhein-Westfalen in Europa II: Grenzüberschreitende Vernetzung mit den Niederlanden und Belgien in den Bereichen Arbeitsmarkt und Hochschulen intensivieren und strukturelle Verknüpfungen ausbauen

I. Ausgangslage

Nordrhein-Westfalen liegt im Herzen Europas. Die Idee, den Zusammenhalt in Europa zu fördern und die Einigung Europas voranzubringen, wurde in Nordrhein-Westfalen mit erdacht und gehört seither zu den Grundfesten nordrhein-westfälischer Politik.

Zwischen Nordrhein-Westfalen, den Niederlanden und Belgien besteht eine lang-jährige gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit, die weit über die Regionen unmittelbar an der fast 500 Kilometer langen gemeinsamen Grenzen hinausgeht. Dank dieser engen Kooperation ist die Grenze für die Menschen im Grenzraum in vielerlei Hinsicht kaum mehr wahrnehmbar: die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes können in allen EU-Staaten Schulen besuchen, studieren, arbeiten und ihre Waren und Dienstleistungen anbieten.

Die Euregio (Sitz Gronau), die Euregio Rhein-Waal (Sitz Kleve), die Euregio Rhein-Maas-Nord (Sitz Mönchengladbach) und die Euregio Maas-Rhein (Sitz Eupen) haben sich in ihrer jeweiligen Satzung die Aufgabe gegeben, sich um die grenzüberschreitende Vernetzung in den deutsch-niederländischen und deutsch-belgischen Grenzregionen, deren Anfänge bis in die 50er Jahre zurückreichen, zu kümmern; die Gründung der ersten Euregio erfolgte 1966. Die Euregios haben es sich selbst zur Aufgabe gemacht, die Defizite auf infrastruktureller, kultureller, wirtschaftlicher und politischer Ebene zu reduzieren und als kommunales „Labor für Europa“ zu fungieren.

Mittlerweile existieren mehr als 52 Kooperationsmodelle dieser Art zwischen Deutschland und seinen angrenzenden Nachbarn der Europäischen Union. Es ist im Interesse der vielen Bewohnerinnen und Bewohner der deutsch-niederländischen und deutsch-belgischen Grenzregion notwendig, den Kooperationsprozess weiter voranzubringen, neue Herausforderungen anzusprechen und grenzüberschreitende Probleme durch intensive Kommunikation und vertrauensvolle Kooperation zu lösen.

Datum des Originals: 09.01.2018/Ausgegeben: 09.01.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Europas Grenzregion ist vernetzt. Vernetzung findet auch zwischen den Unternehmen und Hochschulen in Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden sowie zwischen den Unternehmen und Hochschulen in Nordrhein-Westfalen und Belgien statt. Allerdings gibt es immer noch viele bürokratische Hürden, die die Entwicklung der Vernetzung verlangsamen und dementsprechend einen Nachteil für Unternehmens- und Hochschulkooperationen darstellen. Bei einem Abbau der bürokratischen Hindernisse kann die Vision „eines“ Versorgungsgebietes Wirklichkeit werden.

Die von der EU in Auftrag gegebene Studie „Quantification of the effects of legal and administrative border obstacles in land border regions“ des Politecnico di Milano aus dem Jahr 2017 hat festgestellt, dass die Beseitigung rechtlicher und bürokratischer Hürden zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu einer bis zu acht prozentigen Steigerung des Bruttoinlandsprodukts in den Grenzregionen führen kann. Dies entspricht einer drei prozentigen Steigerung EU-weit und damit einem Potential von 6 Millionen zusätzlichen Arbeitsplätzen.

Um diese Chance zu nutzen, benötigt Nordrhein-Westfalen eine engere grenzüberschreitende Vernetzung mit den Niederlanden und mit Belgien in den Bereichen Arbeitsmarkt und Hochschulen. Die Potentiale und Möglichkeiten der Digitalisierung müssen konsequenter für öffentliche Verwaltungen, Berufs- und Hochschulen, Unternehmen und Bürger nutzbar gemacht werden. Insbesondere sollten die Potentiale durch international arbeitende Menschen in den Grenzregionen in den Blickpunkt gerückt werden. Die Unternehmen könnten davon profitieren, dass ihnen ein größerer Pool an Fachkräften zur Verfügung steht, wenn die Arbeitsverwaltungen in NRW, in Belgien und in den Niederlanden ihre Zusammenarbeit weiter ausbauen.

II. Beschlussfassung

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Verstärkung des direkten Austausches der handelnden Personen in den regionalen Agenturen für Arbeit und der niederländischen sowie den belgischen Arbeitsverwaltungen unterstützt wird, um zu ermöglichen, dass Arbeitssuchende auf beiden Seiten der Grenze von offenen Stellen erfahren; auch soll in diesem Zusammenhang die Internetplattform der EUREGIO-Jobbörse weiter ausgebaut werden;
- die EURES-Grenzpartnerschaften zu stärken und Projekte umzusetzen, um den euregionalen Arbeitsmarkt für Arbeitssuchende und Arbeitgeber in NRW mit Hilfe der digitalen Medien besser sichtbar zu machen und aufzuzeigen, welche Chancen einer unternehmerischen Tätigkeit oder der Arbeit in bestimmten Berufen sich grenzüberschreitend eröffnen; insbesondere ist das Informationsangebot www.grenzinfopunkt.eu weiter auszubauen, damit online möglichst sämtliche Informationen über grenzüberschreitendes Arbeiten zentral abrufbar sind;
- Gespräche mit unseren niederländischen und belgischen Nachbarn dahingehend zu führen, eine gemeinsame Ausbildungs- und Weiterbildungsstrategie des euregionalen Arbeitsmarktes in Bezug auf technische und handwerkliche Berufe zu entwickeln und diese im Rahmen der Digitalisierung weiter voranzutreiben, um bedarfsgerecht die Interessen von Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Auszubildenden und den jeweiligen Bildungseinrichtungen grenzüberschreitend miteinander abzustimmen;

- Bürokratie bei komplizierten Übersetzungs- und Bescheinigungsanforderungen auf beiden Seiten der Grenze abzubauen, um die Innovationskraft im Grenzgebiet effektiv zu nutzen;
- die bereits bestehenden grenzüberschreitenden Hochschul- und Hochschul-Start-Up-Kooperationen als Best-Practice-Beispiele zu nutzen, um die Verflechtungen auszubauen und auf ein Niveau, ähnlich der wirtschaftlichen Kooperationen, zu heben;
- die grenzüberschreitende Zusammenarbeit als wichtigen Aspekt in die zu erarbeitende NRW-Digitalstrategie aufzunehmen und in diesem Rahmen:
 - die Optimierung der digitalen Bereitstellung von Informationen über die Anerkennung von Berufsqualifikationen zur Unterstützung potenzieller Grenzarbeiter/innen zu unterstützen;
 - eine landesweite, mit den Niederlanden und Belgien abgestimmte, digitale Plattform zu etablieren, die zum Ziel hat, euregionale Berufsschul-Praktika zwischen Auszubildenden und Unternehmen zu vermitteln und
 - eine digitale Plattform für NRW zu entwickeln, in der sämtliche Universitäten und Hochschulen des Landes ihre grenzüberschreitenden Studienprojekte darstellen, um in- und ausländischen Studierenden einen Überblick über die Möglichkeit eines grenzüberschreitenden Studiums mit bi- und trinationalen Studienabschlüssen zu geben.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff
Dr. Marcus Optendrenk
Oliver Krauß

und Fraktion

Christof Rasche
Henning Höne
Thomas Nüchel
Dietmar Brockes
Dr. Werner Pfeil

und Fraktion